



3003 Bern, den 5. April 1966

s.C.41.103.2.-BY/en

ad 532.441.VERTRAULICHAn die Schweizerische Botschaft
WashingtonDie Schweiz und die Bretton
Woods-Institutionen.

Herr Botschafter,

In Ihrem Brief vom 17. März 1966 ersuchen Sie uns, die schweizerische Haltung den Bretton Woods-Institutionen gegenüber im Hinblick auf Ihre Besuche beim Treasury Department zu kommentieren. Gleichzeitig schildern Sie die Gedankengänge innerhalb der amerikanischen Verwaltung zur Frage eines Beitrittes der Schweiz zum Internationalen Währungsfonds.

Vorerst sei erwähnt, dass der amerikanische Geschäftsträger Herrn Botschafter Stopper kürzlich ein Aide-Mémoire überreicht hat, in dem die Meinung geäußert wird, dass nach amerikanischer Auffassung unsere Mitgliedschaft beim Fonds sowohl im Interesse der Schweiz wie auch in demjenigen der Institution selbst liegen würde. Das Ansehen der Schweiz - so wird im Memorandum ausgeführt - würde zur Lösung internationaler Währungsfragen beitragen. Der betreffende Text liegt hier bei. Mitte März sprach Herr Wilson, Vizepräsident der Weltbank, bei den Herren Bundesräten Spühler und Bonvin und Botschafter Stopper vor und warb für einen schweizerischen Beitrag zu den Finanzoperationen der IDA. Auch dieser Vorstoss bewegt sich - wenn auch nicht unmittelbar - im Rahmen unserer Mitwirkung bei den Bretton Woods-Institutionen. Wie Sie in Ihrem Brief ausführen, wurde im Staatsdepartement einem Ihrer Mitarbeiter gegenüber die Hoffnung ausgesprochen, die Schweiz möge dem Fonds beitreten. Alle diese Indizien deuten darauf hin, dass sich die Bemühungen, uns zum Beitritt zu bewegen, konzentrieren.



- 2 -

Zu diesem Problem möchten wir Sie wie folgt orientieren:

Der Bundesrat steht den Zielen und dem Wirken der Bretton Woods-Institutionen durchaus positiv gegenüber. Sowohl der Fonds wie auch die Weltbank tragen zur Aufrechterhaltung geordneter Wirtschaftsverhältnisse und zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten in beachtenswerter Weise bei. Diese Zielsetzung zu fördern ist auch ein Anliegen unseres Landes. Die Schwierigkeiten, die sich unserer Mitgliedschaft bei den Bretton Woods-Institutionen entgegenstellen, liegen bekanntlich nicht bei der Bank, sondern gründen auf gewissen Bestimmungen der Fondsstatuten. Trotz dieser Sachlage arbeitet die Schweiz aber mit beiden Institutionen eng zusammen.

Wir möchten daran erinnern, dass wir der Weltbank insbesondere

- 2 Bundesdarlehen im Gesamtbetrage von Mio Fr. 300
gewährt und
- 12 Anleihen auf dem hiesigen Kapitalmarkt
im Gesamtbetrag von Mio 780 Fr.

zugelassen haben. Die Weltbank wurde am schweizerischen Kapitalmarkt bevorzugt behandelt (obschon Mr. Woods mit der heutigen Situation nicht ganz befriedigt ist); sie ist zum grössten ausländischen Anleihenschuldner der Schweiz geworden.

Unsere Beziehungen zum Fonds wurden durch den Briefwechsel vom 11. Juni 1964 über die Mitwirkung der Schweiz an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen ("General Agreement to Borrow") des Zehnerklubs vertieft. Darin hat sich die Schweiz, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963, bereit erklärt, zur Verhütung oder Behebung ernsthafter Störungen der Währungsstabilität im Anschluss an parallele Kreditaktionen des Zehnerklubs anderen Staaten oder Notenbanken kurz- und mittelfristige Kredite bis zu einem Gesamtbetrage von 865 Mio Fr. (200 Mio Dollars) zu gewähren. In der Folge haben wir uns an Hilfsaktionen zugunsten des Pfundes, der Lira und des Dollars substantiell beteiligt. Gegen-

wärtig hält der Bund in seinem Portefeuille für 560 Mio Dollars amerikanische Staatspapiere, die ebenfalls einer Währungshilfe gleichkommen.

Die Bedenken, die wir heute im Zusammenhang mit einem Beitritt zum Fonds hegen, sind teilweise währungspolitischer Natur. Es müsste damit gerechnet werden, dass nach einem Beitritt in grösserem Umfange Schweizerfranken gezogen würden, die als ausländische Währungsreserven in unser Land Eingang fänden. Dabei würden wir uns angesichts des verhältnismässig kleinen Wirtschaftsraumes der Schweiz, ihres Neutralitätsstatuts und des weltweiten Ansehens unserer Währung in einer grundsätzlich anderen Lage befinden als die übrigen Mitglieder des Fonds. Nicht von der Hand zu weisen ist die Befürchtung, dass der Schweizerfranken aus politischen Gründen eventuell dem Dollar vorgezogen würde. Wie Sie wissen, sind gegenwärtig Bestrebungen im Gange, das währungspolitische Instrumentarium der Nationalbank auszubauen. Sofern durch dieses Mittel eine wirksame Abwehr unerwünschter Mittelzuflüsse aus dem Ausland erreicht werden kann, würde dieser Einwand an Bedeutung verlieren.

Dazu gesellt sich der Umstand, dass die im Falle eines Beitrittes bereitzustellenden Mittel im Hinblick auf die Entwicklung der Bundesfinanzen ein ernstes Problem bilden. Die zu erwartenden finanziellen Verpflichtungen würden sich etwa in folgender Grössenordnung bewegen:

IWF	300 Mio Dollars
Weltbank	300 Mio Dollars
IDA	<u>15 Mio Dollars</u>
Total	<u>615 Mio Dollars.</u>

Davon wären etwa 345 Mio Dollars (1'487 Mio Fr.) sofort oder in absehbarer Zeit zu stellen und rund 270 Mio Dollars in Form von Garantien zu leisten. Dies würde eine erhebliche Belastung des Bundesbudgets in einem ungeeigneten Moment bedeuten.

Bestimmend für unsere gegenwärtige Zurückhaltung ist jedoch vor allem die unübersichtliche Lage auf dem Gebiete der internationalen Währungspolitik. Die zur Zeit geführten Diskussionen

- 4 -

Über die Reorganisation des internationalen Währungssystems können in eine Revision des Fonds ausmünden und zusätzliche, heute noch nicht überblickbare Verpflichtungen zeitigen.

Zusammenfassend möchten wir sagen, dass wir einen Beitritt im heutigen Moment nicht als opportun betrachten. Die Bundesbehörden und die Nationalbank verfolgen aber die Entwicklung aufmerksam und orientieren den Bundesrat von Zeit zu Zeit. Die Schweiz macht es sich zur Pflicht, die Frage eines Beitritts im Geiste der Sympathie, die sie den Zielen der Institutionen entgegenbringt, periodisch neu zu überdenken.

Es steht Ihnen frei, von der in unserem Brief gebotenen Orientierung anlässlich Ihrer Gespräche freien Gebrauch zu machen. Wir würden lediglich Wert darauf legen, wenn Sie die möglichen finanziellen Verpflichtungen des Bundes, die aus einem Beitritt resultieren könnten, nicht nennen würden; es handelt sich hier um Schätzungen, auf die wir uns nicht festlegen möchten, und deren Volumen in amerikanischer Sicht zudem als geringfügig erscheinen mag. Ausserdem wäre ein direkter Konnex zwischen unseren währungs-politischen Bedenken und dem zu schaffenden Instrumentarium der Nationalbank zu vermeiden; wir möchten uns nicht einem Druck ausgesetzt wissen, sobald dieses Instrumentarium operationell wird. Endlich möchten wir anregen, dass Sie das vom amerikanischen Geschäftsträger überreichte Memorandum kurz erwähnen und der amerikanischen Verwaltung für die Mühe, uns über deren Standpunkt zu orientieren, danken.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

1 Beilage.

EIDG. POLITISCHES DEPARTEMENT
Politische Angelegenheiten
i. A.

Morand